

OGPP

Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung

Strategien gegen rechte Populisten – gibt es die ?

Werner T. Bauer
November 2014

Wenn die großen Parteien nur noch ihre Klientel versorgen und wegen ihrer Verflechtung mit dem Staatsapparat jegliche grundlegenden Reformen der Institutionen verhindern und das System der politischen Vertretung blockieren, braucht man sich nicht zu wundern, wenn der einzige Ausdruck des Widerspruchs von den Gegnern der verfassungsmäßigen Ordnung kommt. Diese Situation verweist zuvörderst die Linke auf ihre Unzulänglichkeiten und ihr Versagen und die konservative Rechte auf ihre Verblendung und Feigheit.

Jean-Yves Camus, *Die radikale Rechte in Westeuropa. Vom nostalgischen Aktionismus zum fremdenfeindlichen Populismus*. In: Eismann, Wolfgang (Hrsg.) (2002): Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität?, 54f.

Inhalt

Die populistische Herausforderung	4
Scheitern – aber um welchen Preis?	5
Aneignung – die schlechteste Wahl	7
Ausgrenzung – edel, aber wenig erfolgreich	8
Entschärfung – leicht zu durchschauen	9
Inhaltliche Auseinandersetzung – schwer zu gewinnen	10
Engagement an der Basis – der steinige Weg	11
Interaktion – die Herausforderung annehmen	11
Fazit – ernüchternd	13
Viele kleine Schritte...	14

Die populistische Herausforderung

Vor mehr als 10 Jahren prägte der niederländische Politikwissenschaftler Cas Mudde den Begriff vom „populistischen Zeitgeist“.¹ Neben einigen wenigen dezidiert „linkspopulistischen“ Parteien und den in letzter Zeit stärker in Erscheinung tretenden und ideologisch nicht einzuordnenden „Politclowns“ à la Peppe Grillo, handelt es sich bei den Populisten vorwiegend um rechts- und nationalpopulistische Bewegungen, die die Europäische Union ebenso ablehnen wie die Immigration und die damit verbundene ethnische und kulturelle Pluralisierung unserer Gesellschaften, und die mitunter auch unter dem Deckmäntelchen des „Sozialpopulismus“ auftreten.

Der Rechtspopulismus hat – trotz mancher Rückschläge – mittlerweile fast ganz Europa erfasst und ist in den meisten Parteiensystemen zu einer festen und nicht mehr zu vernachlässigenden Größe geworden. Sein Aufstieg und seine Persistenz stellen nach Ansicht vieler Beobachter eine der *besorgniserregendsten und am schwersten zu bewältigenden Herausforderungen* für die europäischen Demokratien dar.² Bei aller Besorgnis sollte allerdings die Tatsache nicht außer Acht gelassen werden, dass nationale Besonderheiten bei der Ausformung des Phänomens eine große Rolle spielen, weshalb es *den* Rechtspopulismus nicht gibt.

*Der Rechts-
populismus
ist die
Herausforderung
für die
europäischen
Demokratien*

Der Aufstieg der Rechtspopulisten stellt v.a. die sozialdemokratischen Parteien vor eine „dreifache Herausforderung“. Erstens ermöglicht er es den Mitte-Rechts-Parteien, Koalitionen ohne Beteiligung der Linken zu bilden, zweitens wurde die politische Auseinandersetzung nachhaltig (und sehr erfolgreich!) auf jene „Nebenschauplätze“ verlagert, auf denen die politische Rechte tendenziell besser abschneidet, und drittens rekrutieren die Rechtspopulisten einen beträchtlichen Teil ihrer WählerInnen aus eben jenen gesellschaftlichen Schichten, die traditionell die Linke unterstützt haben.

*Eine dreifache
Herausforderung
für die
Sozialdemokratie*

Ziel ist die Meinungsführerschaft über Themen wie Globalisierung, Zuwanderung, direkte Demokratie, Islam und Asyl, aber auch über „linke Themen“ wie Arbeitslosigkeit und soziale Gerechtigkeit. *Im Gegensatz zu der herkömmlichen Auffassung, diese Bürger motivierten Gefühle ökonomischer Konkurrenz zu Immigranten und Minderheiten, meint Matthew Goodwin, sind Gefühle kultureller Bedrohung die wichtigste Triebfeder für ihre Unterstützung. Der für diese Bürger entscheidende Beweggrund ist das Gefühl, dass Immigration und zunehmende Vielfalt ihre nationale Kultur, die Einheit ihrer nationalen Gemeinschaft und Lebensweise bedrohen.*³

¹ Mudde, Cas (2004): *The Populist Zeitgeist*. In: *Government and Opposition* 39 (4), 541–563.

<http://www.blackwell-synergy.com/doi/pdf/10.1111/j.1477-7053.2004.00135.x?cookieSet=1>

² Messina, Anthony M. (2007): *The Logics and Politics of Post-WWII Migration to Western Europe*, 2f.

³ Goodwin, Matthew (2011): *Die rechte Antwort. Den populistischen Extremismus in Europa verstehen und dagegen angehen*. Ein Chatham House Report, XII.

Über die Ursachen und Gründe des Erfolgs rechtspopulistischer Demagogen wurde bereits an anderer Stelle ausführlich referiert.⁴ Die Frage, die hier beantwortet werden soll, ist, welche Strategien die etablierten Parteien der linken und rechten Mitte dem weiteren Aufstieg der Rechtspopulisten entgegensetzen können. Eines scheint dabei klar: Eine einheitliche Antwort auf die rechtspopulistische Herausforderung gab es bisher, wie wir seit mittlerweile fast drei Jahrzehnten beobachten können, offensichtlich nicht, und eine wirklich erfolgreiche Strategie ebensowenig. Müssen wir uns deshalb resigniert der Meinung von Hans-Georg Betz anschließen, der bereits vor 20 Jahren konstatierte, es bestehe kein Grund zur Annahme, dass die radikalen Rechtspopulisten in absehbarer Zukunft von der politischen Bühne verschwinden würden?⁵ Oder ist der Erfolg der Rechtspopulisten tatsächlich nur eine der *Schattenseiten der Globalisierung*,⁶ eine *normale Pathologie* moderner Industriegesellschaften,⁷ ein hässliches, aber notwendiges Korrektiv, das möglicherweise sogar zur Stabilisierung des demokratischen Systems beiträgt?⁸

Der britische Politikwissenschaftler Matthew Goodwin hat sich als einer der wenigen Autoren – die Literatur zum Rechtspopulismus läßt sich mittlerweile ja in vielen Regalmetern messen! – eingehender mit dieser Frage auseinandergesetzt. Er unterscheidet sechs mögliche Antwortstrategien – *Ausschluss*, *Entschärfung*, *Aneignung*, *Grundsätze*, *Engagement* und *Interaktion*. Diese und andere bislang angewandte Strategien sollen im folgenden auf ihre Wirksamkeit hin untersucht werden.

Matthew
Goodwin,
Die rechte
Antwort

Scheitern – aber um welchen Preis?

Rechtspopulistische Bewegungen sind ihrem Wesen nach oppositionell und negatorisch. Fundamentalopposition, Selbstisolation und lautstark beklagte Ausgrenzung bilden eine solide Basis für ihre langfristig gesicherte politische Existenz. *Der wirksamste Mechanismus, eine populistische Partei und vor allem deren Führungsfigur zu entzaubern*, meinten Frank Decker und Florian Hartleb in ihrer Analyse zum Scheitern der „Schill-Partei“ in Hamburg, *besteht darin, sie in die Pflicht zu nehmen*.⁹

Scheitern-
Lassen durch
In-Die-Pflicht-
Nehmen

Da die Populisten dazu neigen, völlig überzogene und unrealistische Versprechen abzugeben und scheinbar einfache, radikale Lösungen für komplexe

⁴ Bauer, Werner T. (2014): Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa, aktualisierte und überarbeitete Fassung, Wien, 25ff.

http://www.politikberatung.or.at/uploads/media/Rechtspopulismus_01.pdf

⁵ Betz, Hans-Georg (1994): Radical Right-Wing Populism in Western Europe, London, 189.

⁶ Wilhelm Heitmeyer, zit. nach Spier, Tim (2006): *Populismus und Modernisierung*. In: Decker, Frank (Hrsg.), Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, Wiesbaden, 48.

⁷ Scheuch, Erwin K.; Klingemann, Hans Dieter (1967): *Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften*. In: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialpolitik* 12, 11-29.

⁸ Mény, Yves; Surel, Yves (Hrsg.) (2002): *Populism in Western Democracy*, Oxford.

⁹ Decker, Frank; Hartleb, Florian (2005): *Das Scheitern der Schill-Partei als regionaler Machtfaktor: Typisch für Rechtspopulismus in Deutschland?* In: Frölich-Steffen, Susanne et al. (Hrsg.), *Populisten an der Macht, Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa*, Wien, 117.

Probleme zu propagieren, trifft sie, sobald sie an einer Regierung beteiligt sind, das Missverhältnis von Anspruch und Wirklichkeit umso härter. Durch ihre Einbindung in das von ihnen lautstark kritisierte „System“ bekommen die Populisten rasch ein massives Glaubwürdigkeitsproblem. Die bisherigen „Anti-System-Parteien“, die plötzlich selbst ein Teil von denen „da oben“ geworden sind, müssen sich völlig neu positionieren, müssen sich nolens volens bis zu einem gewissen Grad den Spielregeln der parlamentarischen Demokratie unterwerfen und relativ bald auch unpopuläre Maßnahmen mitverantworten. Ihre unterentwickelten Organisationsstrukturen, ihre auf wenige „charismatische“ Persönlichkeiten zugeschnittene Führungsebene, ihr wenig rationales Agenda-Setting erweisen sich nun als großer Nachteil. In die Verantwortung genommen, sehen sich die Populisten ihres plebiszitären Appeals beraubt, agieren in der Folge oft dilettantisch und chaotisch und geraten in der Regel bald in schwere personalpolitische Nöte. Bestes Beispiel dafür war die österreichische FPÖ, die im Jahr 2002 durch ihre Koalition mit der ÖVP in so große Turbulenzen geriet, dass sie bei den vorgezogenen Neuwahlen am 24. November 2002 fast zwei Drittel ihrer WählerInnen von 1999 verlor und von 26,9 % auf 10 % der Wählerstimmen fiel.

*Die Populisten
zwischen
Anspruch und
Wirklichkeit*

Die daraus entstehenden Konflikte mit den – in der Regel konservativen – Koalitionspartnern, aber auch die unweigerlich darauf folgenden internen Richtungskämpfe tragen weiter zur Entzauberung der Populisten bei. *Demzufolge sind die Chancen auf eine Regierungsbeteiligung jener Parteien über eine Legislaturperiode hinaus zunächst im Durchschnitt eher als gering einzuschätzen.*¹⁰

Die Frage, ob rechtspopulistische Bewegungen an der Regierung zum Scheitern verurteilt sind, kann nach den vielfältigen Erfahrungen der letzten Jahrzehnte mit „Ja“ beantwortet werden. Allerdings – auch wenn die meisten Rechtspopulisten in der Verantwortung kläglich scheitern und andere die Früchte ihrer Agitation ernten: Das Scheitern der an der Regierung beteiligten Rechtspopulisten führt zu k e i n e r bleibenden Diskreditierung des Rechtspopulismus. Selbst wenn einzelne Akteure in der Versenkung verschwinden und ganze „Parteien“ zerfallen – ihre radikalen Positionen werden durch eine Regierungsbeteiligung politisch legitimiert und ein Teil des politischen Mainstreams. Die Regierungsbeteiligung von Rechtspopulisten führt deshalb regelmäßig und unweigerlich zu einer Rechtsverschiebung des politischen Spektrums und bereitet den Boden für nachfolgende, möglicherweise noch radikalere Bewegungen vor. Der einmal

*Unabsehbare
Kollateralschäden*

¹⁰ Frölich-Steffen, Susanne; Rensmann, Lars (2005): *Populistische Regierungsparteien in Ost- und Westeuropa: Vergleichende Perspektiven der Politikwissenschaftlichen Forschung*. In: Frölich-Steffen, Susanne et al. (Hrsg.), *Populisten an der Macht, Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa*, Wien, 28.

angerichtete Schaden ist nicht so einfach reparabel, wie das „Erbe“ der schwarzblauen Koalitionsregierung in Österreich von 2000 bis 2007 beweist.

Als ernstzunehmende politische „Strategie“ ist die Methode des „Zu-Tode-Umarmens“ – etwa durch die Bildung einer gemeinsamen Regierung mit Rechtspopulisten mit dem Ziel, sie zu „zähmen“ oder deren Inkompetenz zu beweisen – deshalb nicht nachhaltig von Erfolg gekrönt. Außerdem darf die Lernfähigkeit rechtspopulistischer Agitatoren gerade aus solchen, für sie selbst negativen Erfahrungen, nicht unterschätzt werden.

Aneignung – die schlechteste Wahl

Die Strategie der „Aneignung“ bedeutet, dass die etablierten Parteien der linken oder rechten Mitte sich aus wahltaktischen Gründen Inhalte der rechtspopulistischen Agitation zu eigen machen oder sich sogar an die Spitze des Trends setzen, den die Populisten erst losgetreten haben, zum Beispiel also für eine restriktive Einwanderungs- und eine strenge Law-and-Order-Politik eintreten, in der Hoffnung, damit den Rechtspopulisten den Wind aus den Segeln zu nehmen.

*Populismus
durch Populismus
bekämpfen?*

Die Erfahrung hat gezeigt, dass eine solche Strategie **n i c h t** von großem Nutzen ist. Einerseits wird dadurch die Glaubwürdigkeit der so agierenden Partei sowohl bei ihrer eigenen Klientel, als auch bei potentiellen WechselwählerInnen nachhaltig beschädigt – v.a. dann, wenn es sich um sozialdemokratische Parteien handelt, die die Traditionen von Toleranz und Pluralismus eigentlich hochhalten sollten! –, wohingegen WählerInnen, die mit den radikalen Inhalten rechtspopulistischer Bewegungen sympathisieren, dadurch kaum zu gewinnen sind, weil diese erfahrungsgemäß lieber „zum Schmied als zum Schmiedl“ gehen.¹¹

Ungewollter Nebeneffekt einer solchen „Strategie“ ist, dass die Forderungen der Rechtspopulisten Eingang in den politischen „Mainstream“ finden und damit quasi „nobilitiert“ werden. Rechtsextreme Positionen, die noch vor kurzem als „fremdenfeindlich“ galten, sickern somit in die Mitte der Gesellschaft ein, werden mehrheitsfähig, und die Erosion der pluralistischen Prinzipien schreitet munter fort.

*Der Rechts-
populismus
wird salonfähig*

Dieser Prozeß lässt sich in Dänemark, wo die rechtspopulistische „Dänische Volkspartei“ über viele Jahre hinweg eine konservative Minderheitsregierung stützte und dadurch großen Einfluß auf die Migrations- und Integrationspolitik erlangte, ebenso beobachten, wie in Österreich oder in Italien, wo die populistische Rechte in Gestalt der FPÖ und der „Lega Nord“ Regierungsverantwortung, und damit auch politische Gestaltungsmöglichkeiten in sensiblen Fragen, erhielt.

¹¹ Bale, Tim; Green-Pedersen, Christoffer; Krouwel, André; Luther, Kurt R.; Sitter, Nick (2010): *If You Can't Beat Them, Join Them? Explaining Social Democratic Responses to the Challenge from the Populist Radical Right in Western Europe*. In: *Political Studies* 58, 410–426.

Ausgrenzung – edel, aber wenig erfolgreich

Die Ausschlussstrategie gegenüber rechtspopulistischen Bewegungen, die auch als „no platform“, „cordon sanitaire“ oder „Ausgrenzung“ bezeichnet wird, verfolgt im wesentlichen zwei Ziele. Einerseits soll dadurch verhindert werden, dass Rechtspopulisten offizielle Ämter übernehmen und die Politik aktiv beeinflussen können, zum anderen sollen die Rechtspopulisten dadurch in den Augen der WählerInnen als außerhalb des demokratischen Konsenses stehende „Extremisten“ diskreditiert werden, deren Wahl einer Verschwendung der Stimme gleichkäme.

*Politische
Quarantäne*

Dass diese Strategie grundsätzlich nicht funktioniert, ist unrichtig. Im Österreich der 1990er Jahre konnte sie Jörg Haiders Aufstieg zwar nicht verhindern, in Frankreich (gegenüber dem „Front National“) und in Belgien (gegenüber dem „Vlaams Belang“) hatte sie jedoch lange Zeit Erfolg.

Zum Erfolg der Ausgrenzungsstrategie tragen allerdings ganz wesentlich der Konsens, die Geduld und die Disziplin der etablierten demokratischen Parteien bei, von diesem Kurs auch aus wahltaktischen oder machtpolitischen Erwägungen nicht abzurücken. Kurz- und mittelfristig stellt die Ausgrenzung deshalb ein probates Mittel dar, dem populistischen Furor die Zähne zu ziehen.

Gegen die Strategie der Ausgrenzung spricht allerdings, dass damit der ohnedies vorhandene „Außenseiter“-Status und die mit der rebellischen Pose verbundene Attraktivität auf bestimmte Wählergruppen noch verstärkt und ihr politischer Appeal erhöht werden kann. Auch ist eine weitere Radikalisierung der als politische Parias behandelten Bewegungen nicht auszuschließen. Die Ergebnisse der vergleichenden Untersuchung von Joost van Spanje und Wouter van der Brug legen den Schluss nahe, dass eine Korrelation zwischen „Ausgrenzung“ und „Zivilisierung“ besteht, dass also rechtspopulistische Bewegungen, die nicht ausgegrenzt wurden, deutlich weniger radikal agierten, als von Ausgrenzung betroffene, ja dass die Nicht-Ausgrenzung sogar zu einer deutlichen Moderation radikaler Positionen geführt hat.¹² Bedeutet das tatsächlich, dass die inhaltlichen Positionen rechtspopulistischer Bewegungen von der politischen Strategie der etablierten Parteien beeinflusst werden können? Die Einbindung der rechtspopulistischen Bewegungen in die politische (parlamentarische) Arbeit kann jedenfalls allem Anschein nach dazu führen, dass diese zumindest teilweise von ihren extremen Positionen abrücken.

*Aufstieg
durch
Ausgrenzung –
oder Moderation
durch
Einbindung?*

¹² van Spanje, Joost; van der Brug, Wouter (2007): *The Party as Pariah. The Exclusion of Anti-Immigration Parties and Its Effect on their Ideological Positions*. In: *West European Politics* 30/5, 1022-1040.

In der politischen Realität erweist es sich außerdem als schwierig bis unmöglich, eine durch demokratische Wahlen legitimierte Partei auf sämtlichen Ebenen – also auch auf regionaler oder kommunaler – konsequent auszugrenzen, zumal rechtspopulistische Akteure immer wieder als Partner benötigt werden, um Parlamentsmehrheiten zu sichern oder – im schlimmsten Fall – um Regierungskoalitionen zu bilden. Die Beispiele der FPÖ, des belgischen „Vlaams Belang“ oder der italienischen „Lega Nord“ haben dies bereits in den 1990er Jahren deutlich gezeigt.

Entschärfung – leicht zu durchschauen

Die Strategie, die populistischen Botschaften abzuschwächen oder zu entschärfen, zielt darauf ab, jene Themen in den Vordergrund der politischen Arbeit und Kommunikation zu rücken, die nicht nur tatsächlich von größerer Relevanz sind, sondern bei denen die etablierten Parteien durch ihre Sachkompetenz und durch ihre realen Gestaltungsmöglichkeiten strategische Vorteile besitzen – also z.B. Wirtschaft, Soziales, Bildung oder Infrastruktur. Gleichzeitig müssen die von den Rechtspopulisten gerne besetzten Politikfelder – Kultur, Zuwanderung, Integration oder Sicherheit – in ihrer Bedeutung relativiert bzw. auf ihre tatsächliche Relevanz für das Leben der Menschen und das Funktionieren der Gesellschaft reduziert werden.

*Ablenkung
als Strategie?*

Diese Strategie kann von Erfolg gekrönt sein, wenn sich die etablierten Parteien gleichzeitig darauf verständigen, in den von den Rechtspopulisten bevorzugten Politikfeldern gemeinsame Herangehensweisen und konsensuale Lösungen zu erarbeiten, um einer weiteren Emotionalisierung dieser Themen keinen Vorschub zu leisten. Entemotionalisierung und Deeskalation also.

Matthew Goodwin hält diesem positiven Befund entgegen, dass gerade die Strategie der Entschärfung *hochgradig negative Konsequenzen haben* kann, wenn man den hohen Stellenwert berücksichtigt, den die Themenfelder „Immigration“ und „Integration“ im Bewusstsein vieler WählerInnen besitzen. Tatsächlich kann sich die Strategie als kontraproduktiv erweisen, wenn eine größere Anzahl von WählerInnen in ihrem (Vor)urteil bestärkt wird, dass die etablierte Politik ihre Ängste und Sorgen gerade in diesen „heiklen“ Politikfeldern nicht ernst genug nimmt, und wenn die populistische Boulevardpresse sich weiterhin lieber dieser „Aufregerthemen“ annimmt, als über die tatsächlichen Herausforderungen – und gegebenenfalls auch über die Erfolge – auf den Gebieten der Beschäftigungs-, der Sozial- oder der Bildungspolitik zu berichten.¹³

*Kann die Politik-
verdrossenheit
nähren*

¹³ Bale, Tim et al.

Die am häufigsten und derzeit bei vielen nationalen und regionalen Wahlen in ganz Europa zu beobachtenden Folgen dieser „Strategie“ – wobei nicht ganz klar ist, inwieweit die etablierten Parteien hier bewusst strategisch agieren, v.a., wenn die für einen Erfolg notwendige konsensuale und deeskalierende Politik ausbleibt – sind Frustration und Politikverdrossenheit, kurz „Entpolitisierung“. Diese führt dazu, dass die Wahlenthaltung weiter steigt, weil immer mehr Wahlberechtigte ins Lager der systemverdrossenen Nichtwähler abdriften.¹⁴ Letzteres geht zwar a u c h stark zu Lasten der populistischen Protestbewegungen, kann allerdings nur von Zynikern als eine probate politische Strategie angesehen werden.

Inhaltliche Auseinandersetzung – schwer zu gewinnen

Die von Goodwin so genannte „Strategie der Grundsätze“ beinhaltet – anders als die bereits erwähnte „Abschwächung“ – eine ernsthafte inhaltliche Auseinandersetzung und politische Debatte, welche die in Teilen der Bevölkerung vorhandenen Ängste und Sorgen tatsächlich ernst nimmt, und die im Idealfall mit einer verbesserten Kommunikation der eigenen politischen Inhalte und Positionen verknüpft wird. Ein schwieriges Unterfangen, wenn der politische Gegner in erster Linie mit Übertreibungen und Unwahrheiten operiert und die populistische Boulevardpresse ihn dabei auch noch unterstützt. Für die etablierten Parteien ist mit dieser Strategie nur wenig zu holen, zumal der durchschnittlich interessierte und politisch gebildete Wähler, der von der Politik in erster Linie konkrete Lösungen erwartet, dadurch möglicherweise gelangweilt oder sogar überfordert wird.

*„Gut gemeint“
ist nicht immer
„gut“*

Als Beispiele dafür seien das Argumentieren mit wirtschaftlichen Zahlen genannt, etwa das häufig benutzte – und nicht falsche! – Argument, dass MigrantInnen mehr an Abgaben entrichten, als sie an staatlichen Leistungen beanspruchen können, oder das ebenso plausible Argument, dass MigrantInnen für das reibungslose Funktionieren von großen Teilen der einheimischen Wirtschaft, insbesondere im Bereich der Dienstleistungen, einfach unentbehrlich geworden sind. Gleiches gilt für die sensiblen Themenfelder „Arbeitsplätze“ oder für den „Zugang zum Wohnungsmarkt“. Eine sachbezogene und argumentative Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Demagogen ist nur in Ausnahmefällen zu gewinnen, weil für viele BürgerInnen weniger rationale als emotionale Argumente zählen. *Während die Parteien der politischen Mitte in ganz Europa*

*Für viele
BürgerInnen
zählen
emotionale
Argumente mehr,
als rationale*

¹⁴ In Deutschland sank die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen von 91,1% im Jahr 1972 auf 70,8% im Jahr 2009 (2013: 71,5%). Wesentlich geringer fällt die Wahlbeteiligung bei Landtags- und Kommunalwahlen aus, zuletzt in Brandenburg (47,9%) und in Sachsen (49,2%). Ganz ähnlich ist die Entwicklung in Österreich, wo die Wahlbeteiligung traditionell sehr hoch war: Nahmen 1975 noch 92,9% der Wahlberechtigten an den Nationalratswahlen teil, so sank dieser Anteil kontinuierlich auf zuletzt 74,9% (2013). Bei Landtags- und Gemeinderatswahlen lag die Beteiligung in Tirol 2008 bei nur noch 65,8%, in Wien 2010 bei 67,6% (2005: 60,8%). Siehe dazu: Bauer, Werner T. (2004): Wenn die Wähler weniger werden. Überlegungen zum Problem der sinkenden Wahlbeteiligung. <http://www.politikberatung.or.at/uploads/media/wahlbeteiligung.pdf>

stark auf eine Darstellung gesetzt haben, die die wirtschaftlichen Vorteile der Immigration betont, zeigt der wissenschaftliche Befund, dass die stärksten Triebkräfte für eine immigrantenfeindliche Haltung Gefühle kultureller Bedrohung sind. [...] Bedenkt man diese Motive, dann besteht die Herausforderung für die Parteien der politischen Mitte darin, grundsätzlichere Argumente für kulturelle Vielfalt zu liefern und nicht einfach nur die wirtschaftlichen Argumente für die Immigration darzulegen.¹⁵

Engagement an der Basis – der steinige Weg

Die letzten beiden Strategien – von Goodwin als „Engagement“ und „Interaktion“ bezeichnet – konzentrieren sich stärker auf die kommunale Ebene und bieten, nach Ansicht des Autors, bessere Erfolgsaussichten. Beide setzen allerdings einen erheblich größeren persönlichen Aufwand voraus. Die Strategie des Engagements nimmt die Herausforderung der Rechtspopulisten genau dort an, wo diese weithin das Feld dominieren – also „draußen auf der Straße“, bei der Wählerbasis, wo die populistischen AktivistInnen mit den von der etablierten Politik verdrossenen Menschen persönlich – und in der Regel affirmativ – über heikle Fragen kommunizieren. *In der Politik geht es darum, die Köpfe und Herzen der Wähler zu gewinnen, und nicht darum zu versuchen, Auseinandersetzungen auf intellektuellem Gebiet zu gewinnen. [...] Um die Herzen und den Verstand der Wähler zu gewinnen, sollten die Parteien der politischen Mitte Teil jeder Gemeinde sein, dort eine aktive und sichtbare Präsenz haben und stärkere Verbindungen zu lokalen Gruppen und Foren schaffen.¹⁶*

*Zu den
„Menschen da
draußen“ gehen!*

Barack Obama hat 2008 mit dem „Door-to-Door-Konzept“ ebenso erfolgreich wahlgekämpft wie der französische Präsident François Hollande vier Jahre später. 2013 – anlässlich der Nationalratswahlen in Österreich – startete auch die Wiener SPÖ eine große Hausbesuchsaktion, bei der nahezu 130.000 Wiener Haushalte von größtenteils ehrenamtlichen MitarbeiterInnen besucht wurden. Es wäre allerdings fatal zu glauben, diese Strategie ließe sich beliebig oft und ausschließlich bei Wahlentscheidungen anwenden. Moderne Parteien müssen – ohne deshalb aufdringlich wirken zu dürfen – den direkten und persönlichen Kontakt mit den BürgerInnen auch außerhalb der Wahlkampfzeiten aufrechterhalten und pflegen und ihren potentiellen WählerInnen nicht nur das Gefühl, sondern auch die Sicherheit vermitteln, für sie „da zu sein.“

Interaktion – die Herausforderung annehmen

Noch größere Anstrengungen erfordert die Strategie der Interaktion, bei der der Kontakt und der Dialog zwischen verschiedenen ethnischen und/oder religiösen

*Miteinander
reden!*

¹⁵ Goodwin, 27f.

¹⁶ Goodwin, 29 bzw. XIV.

Gruppen innerhalb der Gesellschaft aktiv gefördert und unterstützt wird. Dieser strategische Ansatz stützt sich auf die Erkenntnis, dass persönliche Kontakte zwischen Mitgliedern unterschiedlicher Gruppen auf beiden Seiten vorhandene Vorurteile abbauen und die gegenseitige Achtung und Toleranz erhöhen können.

Umfragen und Untersuchungen zeigen, dass die meisten „autochthonen BürgerInnen“ kaum persönlichen Kontakt zu Menschen mit migrantischem Hintergrund haben. In Italien etwa gaben nur etwa 11% der befragten Personen an, Immigranten als Freunde zu haben, in den Niederlanden waren es 15%, in Großbritannien 26%, in Deutschland und in Frankreich immerhin etwas mehr als 39% und im europäischen Schnitt 28%.¹⁷ In Österreich gaben zuletzt rund 55% der befragten Personen an, „Kontakt“ zu MigrantInnen zu haben.¹⁸

Persönlicher Kontakt und Interaktion benötigen allerdings einen lokalen Schwerpunkt. Eine kulturell integrative Politik funktioniert deshalb am besten auf Gemeinde-, in größeren Städten auf Bezirks- oder Viertelebene. Gerade in der eigenen Nachbarschaft können BürgerInnen unterschiedlicher Herkunft regelmäßig zusammenkommen, Erfahrungen austauschen und gemeinsame Ziele entwickeln. Gemeint sind allerdings weniger die da und dort bereits existierenden einmaligen Interventionen mit „Event- und Wohlgefühlcharakter“ (multikulturelle Straßen- oder Grätzelfeste etc.), sondern wiederkehrende und moderierte Formen der Interaktion zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen. Dabei können sowohl Konflikte ausgetragen als auch gemeinsame Anliegen und Ziele (etwa im Bereich der Lokalpolitik) formuliert und umgesetzt werden.

Freilich müssen solche BürgerInneninitiativen von Verwaltung und Politik nicht bloß toleriert, sondern aktiv gefördert und begleitet werden. Dazu aber müsste „die Politik“ ihr Odium der Abgehobenheit und Bürgerferne abstreifen und in Gestalt authentischer und empathischer PolitikerInnen auf die Menschen zugehen, ihnen zuhören und mit ihnen sprechen – auch wenn es weh tut! –, und das nicht nur in Wahlkampfzeiten oder anlässlich irgendwelcher Fototermine. Gefragt sind – etwas überspitzt formuliert – der „gute Populist“, die „gute Populistin“.

*Politik enthält
immer auch ein
wenig Populismus*

Der Zustand hermetischer Abgeschlossenheit, in dem sich viele frühere „Volksparteien“ heute befinden, macht eine solche Entwicklung allerdings eher unwahrscheinlich.

¹⁷ Zick, Andreas; Küpper, Beate; Hövermann, Andreas (2011): Intolerance, Prejudice and Discrimination. A European Report, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, 131ff.

¹⁸ Migration & Integration. Zahlen. Daten. Indikatoren 2014

http://www.integrationsfonds.at/zahlen_und_fakten/statistisches_jahrbuch_2014/

Anzumerken ist hierbei allerdings, dass persönliche Kontakte und Freundschaften zu Menschen mit migrantischem Hintergrund auch sehr stark von deren grundsätzlicher Bereitschaft abhängig sind und deshalb auch stark nach den Herkunftsländern der MigrantInnen variieren.

Fazit – ernüchternd

Tim Bale und seine Co-Autoren kommen in ihrer vergleichenden Studie über Dänemark, die Niederlande, Norwegen und Österreich „If You Can’t Beat Them, Join Them?“ zum Schluß, dass keine der von ihnen postulierten Einzelstrategien – *hold*, im wesentlichen die „inhaltliche Auseinandersetzung“ auf der Grundlage der eigenen Grundsätze; *defuse*, die Entschärfung; *adopt*, die Aneignung“ – als „Patentlösung“ taugte. Vielmehr hätten die meisten der von der populistischen Herausforderung betroffenen Parteien eine Mischung aus diesen verschiedenen Strategien gewählt. [...] *no social democratic party has opted simply to hold its position and fight the good fight for permissive immigration and integration policies.*¹⁹ Die „Grundsatzstrategie“ (oder Strategie der inhaltlichen Auseinandersetzung“) funktionierte auf längere Sicht schon deshalb nicht, weil andere Parteien innerhalb des Systems (v.a. Mitte-Rechts-Parteien) aus wahltaktischen Überlegungen zur Strategie der Aneignung übergegangen waren.

*Die meisten
Versuche der
Entzauberung
sind gescheitert*

Ähnliches gilt für die Versuche, die Anziehungskraft der Rechtspopulisten zu entschärfen. Die Wirksamkeit einer bestimmten Strategie hänge eben stark davon ab, ob sie von nur einer oder von allen Parteien der politischen Mitte angewandt werde. Da, wo linke Parteien zur Strategie der Aneignung übergegangen waren, sei es naturgemäß zu teils heftigen internen Auseinandersetzungen gekommen, die die Glaubwürdigkeit der Partei untergraben und ihre Einheit gefährdet hätten.

In Dänemark zum Beispiel schlugen die anfänglichen Versuche der Sozialdemokraten, das Thema der Immigration zu entschärfen, fehl und der anschließende Wechsel zur Strategie der Aneignung führte zu heftigen partei-internen Auseinandersetzungen.

In den Niederlanden wiederum vollzogen die etablierten Parteien einen ziemlich radikalen Wechsel von einer überaus permissiven zu einer relativ restriktiven Einwanderungspolitik, um den Rechtspopulisten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Der Versuch, das Thema zu entschärfen, schlug allerdings auch hier fehl, weil sich die Parteien der politischen Mitte zu einseitig auf die wirtschaftliche Dimension der Migration konzentrierten und damit den populistischen Extremisten der „Partei für die Freiheit“ die Möglichkeit gaben, ihre politischen Kampagnen auf das subjektive Empfinden von weiten Teilen der niederländischen Öffentlichkeit auszurichten, die der Meinung war, Immigration bedrohe die niederländische Kultur und ihre Tradition der Toleranz.

Auch das österreichische Beispiel zeigt, dass die seit den frühen 1990er Jahren – gerade auch von sozialdemokratischen Innenministern! – praktizierte Politik der

¹⁹ Bale, Tim et al.

regelmäßigen Verschärfung der Bestimmungen im Fremden- und Asylrecht den Zulauf zur rechtspopulistischen FPÖ nicht stoppen konnten.

Viele kleine Schritte...

In der von der Bertelsmann Stiftung herausgegebenen Studie „Strategien gegen die radikale Rechte in Europa“ (2009) schreibt Orkan Kösemen: *Es gibt keinen klar umrissenen Leitfadens, wie die populistische Rechte daran gehindert werden kann, politischen Einfluss und Wählerstimmen zu gewinnen. Dafür ist das Phänomen Rechtspopulismus zu komplex. Und: Die Bekämpfung von politischem Populismus ist generell sehr schwierig – und es gibt keinen Königsweg dafür.*²⁰

*Gefragt sind
Kreativität
und Flexibilität*

Diese Einsicht darf natürlich nicht in Fatalismus oder Resignation münden. Viele kleine Initiativen können mithelfen, den rechten Populismus einzudämmen. Ein wesentlicher Schritt dazu ist das rechtzeitige Erkennen und die rasche und angemessene Reaktion auf populistische Agitation. Häufig befassen sich die etablierten Parteien nämlich erst dann mit heiklen, emotional aufgeladenen Themen, wenn diese bereits von der populistischen Rechten besetzt sind und die Chance auf eine Versachlichung der Diskussion gering ist. Das bedeutet, dass die etablierten Parteien der linken und rechten Mitte nicht nur reagieren, sondern frühzeitig eigene Positionen zu kontroversen Themen entwickeln müssen. Die BürgerInnen erwarten zu Recht, dass die Politik gerade auch in sensiblen Bereichen Problemlösungskompetenz an den Tag legt und das Feld nicht den radikalen Rechtspopulisten überlässt, deren mangelnde Fachkompetenz ja selbst unter Teilen der eigenen Wählerschaft bekannt ist.

Es zeigt sich, dass keine der hauptsächlich angewandten Strategien – Aneignung, Entschärfung oder Ausgrenzung – garantiert zum Erfolg führt. Der Grund dafür liegt in erster Linie in der Natur des rechten Populismus; bei Nichtbeachtung werden die politischen Forderungen und Versprechungen der Populisten zunehmend radikaler, in den Augen von breiten Teilen der Öffentlichkeit aber auch zunehmend „normaler“, bei einer Zusammenarbeit müssen Teile des populistischen „Programms“ sogar umgesetzt werden. Und der Versuch, Rechtspopulisten durch Regierungsverantwortung zu „entzaubern“, verleiht der Rechten und ihren Forderungen sogar so etwas wie politische Legitimität.

So wie es „den Rechtspopulismus“ – vergleichbar etwa mit „der Sozialdemokratie“ oder „den Grünen“ – nicht gibt, und jedes Land die rechtspopulistischen Bewegungen hervorbringt, die seiner historischen Entwicklung und seiner gesell-

²⁰ Kösemen, Orkan (2009): Strategien gegen die radikale Rechte in Europa, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh. Siehe auch Hokovský, Radko; Kopal, Jiří (2013): *Final Recommendations*. In: Hokovský, Radko; Kopal, Jiří (Hrsg.), *Politics and Policies of Integration in Austria, Hungary, Czechia, Denmark and at the EU Level*, Brno & Praha, 392–396.

http://www.facingextremism.eu/wp-content/uploads/2014/08/Empfehlungen_DE.pdf

schaftspolitischen Situation entsprechen, so ist auch die erfolgversprechende Strategie gegen Rechtspopulisten immer vom jeweiligen nationalen Kontext und den aktuellen politischen Umständen abhängig.

Unabhängig davon, meint Kösemen, *verspricht der Ansatz einer ‚offensiven Eindämmung‘ den größten Erfolg*. „Offensive Eindämmung“ meint die sachliche Entkräftung der rechtspopulistischen Behauptungen und Forderungen, ohne sie inhaltlich oder politisch aufzuwerten. Das bedeutet aber auch, dass die etablierten demokratischen Parteien sich zu keiner Zeit in politische Abhängigkeit von Rechtspopulisten begeben dürfen, dass den Populisten die inhaltliche Deutungshoheit in heiklen Fragen nicht überlassen werden darf, dass bestehende Sorgen und Ängste in der Bevölkerung ernst genommen werden müssen, ohne dass die rechten Populisten dies als einen Erfolg ihrer Politik reklamieren können, v.a., aber auch, dass den Rechtspopulisten nicht die Möglichkeit gegeben werden darf, sich selbst als Opfer und Ausgegrenzte „des Systems“ (oder als das „Sprachrohr der Sprachlosen“) darzustellen.

Den Unwahrheiten und Übertreibungen der Rechtspopulisten müssen deshalb in allen Bereichen – gerade auch in jenen des tagtäglichen (Zusammen)lebens! – positive Beispiele der funktionierenden Integration und ganz allgemein ein optimistischeres, angstfreies Weltbild entgegengestellt werden – eine Herkulesaufgabe in einer durch Ängste und Unsicherheiten geprägten Welt.

*Frühzeitig
erkennen –
rechtzeitig
handeln!*

*Den
Angstmachern
entgegentreten*